

Für Laibach:  
 Ganzjährig . . . 8 fl. 40 kr.  
 Halbjährig . . . 4 „ 20 „  
 Vierteljährig . . . 2 „ 10 „  
 Monatlich . . . 1 „ 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . . 12 fl.  
 Halbjährig . . . 6 „  
 Vierteljährig . . . 3 „

Für Zustellung ins Haus  
 viertelj. 25 kr., monatl. 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

# Tagblatt.

Redaction

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition- & Inseraten-  
 Bureau:

Congressplatz Nr. 81 (Buch-  
 handlung von Jgn. v. Klein-  
 mayr & Fed. Bamberg.)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile  
 à 4 kr., bei zweimaliger Ein-  
 schaltung à 7 kr., dreimaliger  
 à 10 kr.

Inserationsstempel jedesmal  
 30 kr.

Bei größeren Inseraten und  
 öfterer Einschaltung entspre-  
 chender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 50.

Dinstag, 3. März 1874. — Morgen: Kasimir.

7. Jahrgang.

## Die Staatskirche Oesterreichs.

(Schluß.)

Inzwischen hatten bereits die Staatsgrund-  
 gesetze vom Jahre 1867 viele Bestimmungen des  
 durch das Patent vom 5. November 1855 in ge-  
 setzliche Kraft getretenen Concordates derogiert und  
 die legislative Thätigkeit des Staates gegenüber der  
 Kirche auf einen neuen Standpunkt gestellt; denn,  
 indem die Staatsgrundgesetze einerseits die Souve-  
 ränität des Staates überhaupt, und insbesondere  
 auf dem legislativen Gebiete zum vollen Ausdrucke  
 brachten, haben dieselben andererseits alles, was  
 außerhalb des staatlichen Bereiches liegt, von der  
 staatlichen Einwirkung ausgeschlossen. Es kann sich  
 daher gegenwärtig nicht mehr darum handeln, das  
 Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche als  
 Gesamtheit der durch den päpstlichen Stuhl re-  
 präsentierten Glaubensgenossen auf Grundlage ver-  
 tragsmäßiger Stipulationen durch ein Gesetz zu  
 regeln; denn, was von der katholischen Kirche außer-  
 halb des Staates liegt, ist der inneren Legislation  
 derselben entrückt, was hingegen innerhalb des Staa-  
 tes sich befindet, unterliegt den Normen des Staats-  
 grundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die  
 allgemeinen Rechte der österreichischen Staatsbürger,  
 nach welchen, unter Gewährleistung der vollen Glau-  
 bens- und Gewissensfreiheit, jeder gesetzlich aner-  
 kannten Kirche und Religionsgesellschaft die selbst-  
 ständige Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten

überlassen, dieselbe aber, wie jede Gesellschaft, den  
 allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen wurde.

Fern von jeder Beeinflussung des Glaubens  
 und des Gottesdienstes, ist es daher der staatlichen  
 Gesetzgebung vorbehalten, die äußeren Rechts-  
 verhältnisse der katholischen sowie je-  
 der anderen Kirche innerhalb des staatlichen  
 Gebietes zu regeln und zu ordnen; zu den äußeren  
 Rechtsverhältnissen der katholischen Kirche aber muß  
 alles gerechnet werden, wodurch diese kirchliche Ge-  
 meinschaft mit den staatlichen Organen in Wechsel-  
 wirkung tritt. Hierzu gehört insbesondere die Art  
 und Weise der Bestellung der die einzelnen Kircheng-  
 emeinschaften nach Außen repräsentierenden und  
 ihre öffentlichen Angelegenheiten leitenden Amts-  
 und Würdenträger, die Feststellung ihres äußeren Wir-  
 kungskreises und die Begrenzung ihrer Amtsgewalt,  
 die Einflußnahme auf die Vermögensverwaltung,  
 die Errichtung neuer Gemeinschaften oder Genossen-  
 schaften, sowie überhaupt alles, was über das spi-  
 rituelle Gebiet hinausreicht und die bürgerlichen und  
 staatsbürgerlichen Rechte der einzelnen Gemeinschaften  
 und ihrer Mitglieder unter sich und gegenüber an-  
 deren Personen und Kirchengemeinschaften betrifft.

Diese äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen  
 Kirche im Wege der staatlichen Gesetzgebung zu re-  
 geln und zu ordnen, ist unerlässlich notwen-  
 dig, weil nach Entfallen der im Concordate gelegen  
 gewesenen Beschränkungen der staatlichen Souverä-  
 nität der Staat berufen, ja verpflichtet ist, für eine  
 den Zeitverhältnissen entsprechende Reform der ge-

setzlichen Bestimmungen über die äußeren Rechts-  
 verhältnisse dieser Kirche Sorge zu tragen, indem  
 dieselben unmöglich für die Dauer nach den vor  
 Eintritt des Concordates bestandenen, aus verschie-  
 denen Zeitperioden herrührenden und deshalb oft von  
 entgegengesetzten Standpunkten ausgehenden Gesetzen  
 und Verordnungen beurtheilt werden könnten.

Was die Grundsätze betrifft, von welchen der  
 Ausschuss bei der Vorberathung der Gesetzesvorlage  
 ausging, so ergeben sich dieselben aus dem Geset-  
 entwurfe von selbst. Der Ausschuss erkennt an, daß  
 unter voller Wahrung der Gleichberechtigung doch  
 nicht eine vollständige Gleichheit der Verhältnisse  
 der katholischen Kirche gegenüber anderen Religions-  
 gesellschaften bestehe; denn die historisch gegebenen  
 Verhältnisse der ersteren und der Umstand, daß die  
 eminente Mehrzahl der österreichischen Staatsbürger  
 derselben angehört, gewähren der katholischen  
 Kirche eine hervorragende Bedeu-  
 tung im Staate, welche sich selbstverständlich  
 auch auf die zur Leitung ihrer Angelegenheiten be-  
 rufenen Amts- und Würdenträger erstreckt. Dieser  
 Umstand, sowie der Einfluß der Seelsorgegeistlichkeit  
 auf alle Lebensverhältnisse der katholischen Bevöl-  
 kerung und der amtliche Charakter dieser zur Mit-  
 wirkung an verschiedenen öffentlichen Einrichtungen  
 berufenen Kirchenvorsteher erheischt eine besondere  
 Vorkehrung des Staates in zweifacher Richtung; denn  
 es wird einerseits zur durch das Interesse des  
 Staates hervorgerufenen Aufgabe desselben, im Wege  
 der Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß die mate-

## Hienilleton.

### Öffentliche Vorträge.

Vorgestern eröffnete Professor Dr. Supan die  
 Reihe der öffentlichen Vorträge zum besten des krain.  
 Schulpennings in den schönen Räumlichkeiten des  
 neuen Realschulgebäudes. Der geräumige Saal,  
 der zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden,  
 vermochte das zahlreiche, durchgehends der gebildeten  
 Klasse angehörige Publicum kaum zu fassen. Ins-  
 besondere war die Damenwelt Laibachs ungemein  
 reich vertreten und lauschte mit sichtbarer Spannung  
 den Worten des Vortragenden. Dieser selbst hatte  
 aber auch ein dankbares Thema gewählt und ver-  
 stand es den ungemein fesselnden Stoff übersichtlich  
 zu gruppieren und dem Verständnisse nahe zu brin-  
 gen. Dr. Supan hat sich zum Gegenstande seines  
 Vortrages die Glaubensverfolgung gewählt, jene  
 düstere Nachseite der Menschheit, jenen unheilvollen  
 Bahn, der sich stützend auf Gottes Bollmacht und  
 Gewalt die grausamen Fleischerbuden errichtet, in denen  
 man „von Gottes wegen“ die Ebenbilder Gottes,  
 die Menschen nach Tausenden und Hunderttausenden  
 hingschlachtete und die ganze Erde, so weit sie vor

dem Kreuze sich beugte, im Menschenblute ersänfte.  
 Wenn auch schon im griechischen und römischen Alter-  
 thume einzelne Verfolgungen um der religiösen Ueber-  
 zeugung willen vorkamen, wie die Verurtheilung des  
 Sokrates in Athen zum Giftbecher, die Austreibung  
 des Anaxagoras u. s. w., so rühren die eigentlichen  
 Massenverfolgungen um des Glaubens willen doch  
 von religiösen Bekenntnissen her, die von den Se-  
 miten ausgegangen, also von dem Judenthum, Chri-  
 stenthum und Islam. Was namentlich die ins un-  
 geheure übertriebenen Christenverfolgungen der ersten  
 Jahrhunderte unserer Zeitrechnung betrifft, so tra-  
 gen dieselben durchaus nicht den Charakter einer  
 eigentlichen Religionsverfolgung. Die Christen gal-  
 ten eben als eine Secte der Juden, welche durch  
 ihren immer wieder erneuten Empörungen die welt-  
 herrschenden Imperatoren Roms gereizt hatten. Das  
 vergalt denn auch die ersten Christen und ihre  
 Lehrer reichlich, indem sie den römischen Imperator  
 als den Antichrist, das römische Reich als das Reich  
 der Dämonen darstellten, mit welchem man alle  
 Beziehungen, soweit möglich, selbst im bürgerlichen  
 Leben abbrechen müsse. Als die Zahl der Christen  
 sich derart vermehrte, daß an manchen Orten schon  
 die Tempel verödeten, hatte die Staatsgewalt ein  
 wachsameres Auge auf diejenigen, welche ungeschont

den nahen Untergang des römischen Reiches und  
 den Anbruch einer neuen Ordnung verkündigten, in  
 welcher sie die Herrschenden sein und alle Heiden  
 vertilgt werden sollten. Die Christen wurden daher  
 als eine staatsgefährliche politische Verbindung mit-  
 unter verfolgt. Doch kam es nur zu vereinzelten  
 Verurtheilungen und da und dort zu vorübergehen-  
 den Ausbrüchen der Volkswuth. Zu einem Kampfe  
 auf Leben und Tod zwischen Heidenthum und Chri-  
 stenthum kam es erst unter Decius und Diocletian.  
 Doch kaum war das Christenthum aus diesem Kampfe  
 siegreich hervorgegangen, kaum hatten die Impera-  
 toren Galerius (311), Constantin und Licinius  
 (312 und 313) die ersten Toleranzedikte erlassen, so  
 beanspruchten die bisher Verfolgten alsbald die All-  
 herrschaft im weiten römischen Reiche. Bereits Con-  
 stantin mußte die heidnischen Opfer verbieten, die  
 Tempel gewaltsam schließen oder niederreißen, den  
 Priestercollegien ihre Einkünfte rauben, die alte  
 Staatsreligion verfolgen, ungeachtet es in seinem  
 Edicte heißt: „er wolle niemandes Ruhe stören und  
 ermahne dringendst zur gegenseitigen Duldung.“  
 Theodosius bestellte bereits zur Auspähung und  
 Bestrafung von Ketzern und Ungläubigen ein eigenes  
 Glaubensgericht, die Inquisitoren. Die christlichen  
 Bischofsstühle wurden zu weltlichen Gerichtsstühle



riellen und die gesellschaftlichen Verhältnisse der Seelsorgegeistlichkeit ihrem erhabenen Berufe und ihrer hervorragenden Stellung entsprechend geordnet werden; anderseits aber wird es auch zur Pflicht des Staates, gegenüber der Kirche als Gemeinschaft der sämmtlichen im Staatsgebiete lebenden katholischen Glaubensgenossen nun dafür Sorge zu tragen, daß die Heranbildung der Candidaten für die Seelsorgegeistlichkeit der hohen Aufgabe dieses Standes entspreche, daß die Auswahl der zur Vernehmung von kirchlichen Aemtern oder Pfünden berufenen Priester eine möglichst sorgfältige sei, daß den Uebergriffen der kirchlichen Hierarchie in das staatliche Gebiet energisch entgegengetreten und der Mißbrauch religiöser gottesdienstlicher Functionen zur politischen Agitation hintangehalten, sowie endlich, daß das Vermögen der kirchlichen Gemeinschaften dem Zwecke entsprechend verwaltet und verwendet werde.

Dies waren die Erwägungen, welche den Ausschluß bei der Vorberathung des Gesetzentwurfes im allgemeinen geleitet haben.

## Politische Rundschau.

Laibach, 3. März.

**Inland.** In der Samstags-Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragte Abgeordneter Schönerer die Einsetzung eines Ausschusses zur Erforschung der Ursachen der Kinderpest. Das neue Militärpensionsgesetz gelangte zur ersten Lesung, worauf das Haus die Einsetzung eines besondern Ausschusses beschloß, dessen Wahl noch in derselben Sitzung vorgenommen wurde. Hierauf gelangte der Bericht des Petitionsausschusses über die Petitionen, betreffend die Armeelieferungen, zur Verhandlung. Abgeordneter Dr. Giska benutzte die Gelegenheit, um eine Philippika gegen das Monopol des Consortiums Glene loszulassen, und befürwortete die Anträge des Petitionsausschusses, auf eine Abänderung der kriegsministeriellen Offertausschreibungen hinzuwirken. Auch die Abgeordneten Dr. Herbst und Dr. Hallwich traten für diese Anträge in die Schranken, welche schließlich mit großer Majorität angenommen wurden.

Die sieben liberalen Abgeordneten aus Wälsch Tirol haben dem Reichsrathe eine Denkschrift vorgelegt, in welcher sie einen Antrag „auf Gewährung eines Landtages für den italienischen Theil Tirols“ ankündigen. „Wir rufen nur — sagen die wälschtirolischen Abgeordneten — die Gerechtigkeit der gesetzgebenden Factoren an, denn wir sind nicht in der Lage, unsere Bitten durch irgend eine Versprechung oder Drohung zu unterstützen. Unser Heimatsland hat weder den Willen noch die Macht, die Gewährung seiner Wünsche mit Gewalt

zu erzwingen, die Zahl seiner Vertreter im österreichischen Reichsrathe ist so klein, daß sie weder durch die Abstimmung noch durch die Aussicht ihres Austrittes auf irgend eine Entscheidung einwirken können. Ob unsere Bitte nun gewährt oder abge schlagen wird, werden Oesterreichs Geschicke ihren Lauf nicht ändern. Aber im ersten Falle werden doch die Machthaber Oesterreichs eine That der Gerechtigkeit und der Veröhnung geübt haben. Im zweiten Falle werden wir mit dem Bewußtsein, daß diese Machthaber die Unrechtmäßigkeit unserer Zustände nicht erkennen wollen, oder nicht aufheben können, uns in unser Schicksal fügen und auf die göttliche Vorsehung vertrauen, welche ein auf seinem Rechte beharrendes Volk dem Untergange nicht weihen kann.“

**Ausland.** Die Thätigkeit des deutschen Reichstages concentrirt sich für den Augenblick in den Commissionen, von denen begreiflicherweise die mit der Vorberathung des Reichs-Militär- und des Reichs-Pressgesetzes betrauten das meiste Interesse in Anspruch nehmen. In der ersten machen sich drei Richtungen geltend. Die Fortschrittspartei und einzelne Nationalliberale wollen die Friedens-Präsenzstärke jährlich durch das Etatsgesetz feststellen; die Conservativen und einzelne Nationalliberale wollen die Friedens-Präsenzstärke dauernd durch das Gesetz fixieren, also deren Herabsetzung auch in Friedenszeiten von der Zustimmung der Reichsregierung abhängig machen. Die große Mehrzahl der Nationalliberalen endlich, welche sich den Conservativen eventuell anschließen würden, neigt zu einer Fixierung der Friedens-Präsenzstärke auf längere Zeit. Die Ultramontanen verharren in barem Schweigen. Sie haben offenbar näherliegende Sorgen. Das eben dem Bundesrathe zugegangene Gesetz über den Verlust der Staatsangehörigkeit renitenter Kirchendiener ist ein wider sie geführter Schlag, unter dessen Wucht sie schier zu erstickten drohen, und sie thun sich eifrig nach Bundesgenossen um, wobei ihr Auge zuerst auf Sonnemann fällt, den sie durch einen besonderen Antrag auf Sistierung der gegen denselben schwebenden Strafproceduren während der laufenden Session sich ängstlich zu erhalten bestrebt sind. Ein Gleiches soll bezüglich Majunkes geschehen. Majunke und Sonnemann — par nobile fratrum!

Wie die „Germania“ erfährt, ist nun auch dem Bischof von Trier, Dr. Eberhard, die Ankündigung zugegangen, sich zum Antritt der Strafhast bereit zu halten. Was die preussischen Bischöfe in ihrem jüngsten Collectivschreiben so pathetisch in Aussicht stellten, scheint sich in der That mehr und mehr der Verwirklichung zu nähern. Der Bischof

von Trier ist übrigens der fanatischsten einer in der bischöflichen Schar und die anlässlich der jüngsten Verurtheilungen über ihn verhängten Executionen haben in tumultuarischen Ausbrüchen in recht bedenklicher Weise zutage gebracht, wie groß dort die Macht der clericalen Agitation auf das Volk ist.

Telegraphisch wird aus Berlin gemeldet: „Graf Harry Arnim tritt in kurzem von seinem pariser Botschafterposten zurück. Als dessen Nachfolger wird Fürst Schlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst, früherer bayerischer Premierminister und gegenwärtig Mitglied und erster Vizepräsident des Reichstages, bezeichnet. Die Ernennung wird nach dem Schlusse des Reichstages erfolgen.“

In England macht den Ministern ihre parlamentarische Arbeit mehr als ihr Amt zu schaffen. Deshalb sind die Unterstaatssecretäre diejenigen, welche die eigentliche Last und Mühe zu tragen haben. Die in dieser Beziehung von Disraeli getroffene Wahl findet in England viel Anklang, vor allem die des Staatssecretärs für Irland. Ganz von der bisherigen Courttoisie gegen das unzufriedene Schwesterkönigreich abweichend, hat Disraeli keinen Irlander, sondern einen Engländer vom härtesten Korn, Sir Michael Hicks Beach, dazu erlesen. Damit wird den Home-Rulers in bündigster Weise zu verstehen gegeben, daß sie von dem neuen Cabinet noch viel weniger Nachsicht zu erwarten haben, als von Gladstone, der sich, nach manchen Vermuthungen, schließlich wenigstens zur Gewährung eines irischen Provinziallandtages hätte bewegen lassen.

In einem Theile von Mexiko ist ein Städtekrieg ausgebrochen, welcher nach Vorgang des italienischen Mittelalters die eine Bürgerschaft gegen die andere führt. In dem Kampfe zwischen den Städten Quimilla und Hungalica gab es viele Tode. Sogar Frauen sollen verstümmelt und Kinder hingejagt sein.

## Vocal- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Einladung

zu der Donnerstag den 5. d. M. um halb 8 Uhr abends im Klubzimmer der Casino-restaurant abzuhaltenen

50. Monatsversammlung des const. Vereins.  
(Fortsetzung der am 28. Februar abgehaltenen Versammlung.)

Tagesordnung. Die confessionellen Gesetzesvorlagen.

umgewandelt, von dem keine Appellation mehr möglich war; so wurde Arius, der die göttliche Natur in Christo geleugnet, des Landes verwiesen, so loderten seine geistvollen Schriften im Feuer auf, so hing bald die Todesstrafe über jedem, der sie las oder abschrieb, so wurden Arianer und Nestorianer verkehmt, so wurde es alsbald zum Axiom, zum Glaubenssatz: wer der Hierarchie nicht blindlings beipflichtet, müsse auch dem Staate gefährlich sein, und darum müsse ihn das Gesetz mit Folter, Scheiterhaufen und Schwert verfolgen. Als aber dennoch durch das Auftreten der Katharer (woher Keger) Waldenser und Albigenser im 11. und 12. Jahrhunderte der Sectengeist so mächtig sich regte, daß der päpstliche Stuhl das Schlimmste befürchten mußte, sandte Innocenz III. seine Legaten nach dem südlichen Frankreich, um die Bischöfe mit Hilfe der weltlichen Obrigkeit in der Aufspürung und Verhaftung der Keger zu unterstützen. Durch das Lateranconcil (1215) wurde dieser Schergenendienst der Kegeraufspürung dem bischöflichen Sendgericht zur Hauptpflicht gemacht, das Concil von Toulouse vollendete die Einrichtung dahin, daß die Bischöfe in den einzelnen Pfarren einen Priester und zwei oder drei Laien auf das Sacrament verpflichteten sollten, mit Eifer und Sorgfalt die Häretiker auf-

zufahren und zur Bestrafung einzuliefern. Gregor IX. endlich machte die Dominikaner zu päpstlichen Inquisitoren, zunächst in Aragonien, Deutschland und Oesterreich, dann in der Lombardei und im südlichen Frankreich. Dabei waren diese Dominikaner unabhängig von den Bischöfen, ja die Bischöfe selbst dem Kegergerichte, einem ausschließlich päpstlichen Institute, unterworfen. Mit furchtbarer Grausamkeit wurde fortan in den von Kereien angelegten Ländern gewüthet. Damit es aber ja nicht scheine, als ob die gute Mutter Kirche sich mit Blut besudelte, mußten die weltlichen Fürsten die Vollziehung der Bluturtheile unternehmen, und jetzt erließen Ludwig der Heilige (!) von Frankreich, Graf Raymond von Toulouse und Kaiser Friedrich II. jene Gesetze, durch welche das Henkeramt der päpstlichen Inquisition den weltlichen Gerichten zugewiesen wurde. Bei dem Verfahren, das der Inquisition von Rom aus vorgezeichnet ward, versielen nothwendig Unzählige nicht bloß der Glaubensstrenge, sondern auch der persönlichen Rache und Bosheit, sowie nicht minder der unersättlichen Habgucht der Kirche als Opfer. Schon der Verdacht der Kerei berechnete zur Verhaftung; Mitschuldige und Verbrecher, Verwandte, Freunde und Feinde, ja selbst feile Dirnen, schandbefleckte Buhlerinnen konnten als Zeugen gelten:

niemals erfuhr der Unglückliche, wer seine Ankläger gewesen; selbst das Vergehen, dessen man ihn zieh, mußte er errathen, und so durch schlingenvolle Fragen verwickelt, mußte er sich schuldig nennen dessen, was er nie gethan. Ein Geständnis konnte durch die qualvollste Folterung erzwungen werden, die anfangs von dem weltlichen Gericht, dann aber, besonders seit Urban IV. von den Inquisitoren selbst angewendet wurde. Die Strafen, welche die mit oder ohne Grund Verurtheilten trafen, waren: Verlust der Ehre, der bürgerlichen und kirchlichen Rechte, des Vermögens, lebenslängliche Gefangenschaft im Kerker oder auf der Galere und der langsame Tod in den Flammen. Wider das Verdict des schrecklichsten der Tribunale gab es kein Rettungsmittel, denn selbst dem Könige war das schönste seiner Rechte geraubt, das Recht des Schutzes seiner Unterthanen, das Recht der Gnade. Dafür mußte der Staat aus seinen Mitteln die zahllose Menge ehrloser Trabanten eines heiligen Gerichtes zahlen und sie mit Privilegien beschenken.

Und für all das Elend, das mit jenem Blutgerichte die Orthodoxie der menschlichen Gesellschaft und den Staaten brachte, erhielt die Menge von Zeit zu Zeit, an hohen Festen, bei Hochzeiten der Prinzen und Prinzessinen das schöne Schauspiel



— (Fleischtarif pro März.) Das Pfund Rindfleisch besser Qualität vom Mastochsen kostet 30 fr., mittlere Sorte 26 fr., geringste Sorte 22 fr.; von Rühn und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 27, 23 und resp. 19 fr.

(Spenden für die Schule.) Der Bürgermeister und Realitätenbesitzer zu Mölling, Herr Felix Hef, hat aus Anlaß der 25jährigen Jubiläumsfeier Sr. Majestät für den Bau der neuen Schule in Sabor den Betrag von 40 fl. gewidmet. Herr Ritter von Friedau, Gewerkehaber zu Gradec, schenkte zu demselben Zwecke 6 große Eichenstämme.

— (Aus dem Sanitätsberichte des laibacher Stadtphysikats) für die Woche vom 15. bis inclusive 21. Februar 1874 entnehmen wir folgendes: Die Sterblichkeit war in dieser Woche wieder eine sehr bedeutende. Die Blatternepidemie, welche eine Steigerung in der Zahl der Erkrankungsfälle erfährt, forderte wieder einige Opfer, wenn man auch von einer gesteigerten Intensität der Epidemie nicht reden kann. Außerdem kamen Entzündungen der Respirationsorgane ziemlich häufig vor, vereinzelt Typhus, Diphtheritis und Scharlach sowie Darmkatarrhe. Es starben in dieser Woche 29 Personen (gegen 20 in der Vorwoche). Von diesen waren 16 männlichen und 13 weiblichen Geschlechtes; 23 Erwachsene und 6 Kinder; daher das männliche Geschlecht und besonders die Erwachsenen überwiegend an der Sterblichkeit partizipierten. Als häufigste Todesursache traten auf: Blattern 7mal, d. i. 24,2%; Tuberculose 5mal, d. i. 17,3%; Lungentuberculose 4mal, d. i. 13,8%; Typhus, Diphtheritis, Scharlach, Scharlach, je 1mal, d. i. 3,5% aller Verstorbenen. Von den 29 Verstorbenen starben im Städtischen 8, im Filialspital in der Polanavorstadt 1, in der Stadt und den Vorstädten 20.

— (Aus dem Abgeordnetenhaus.) Ueber den Titel „Subventionen und Dotationen“ berichtete Abg. Lienbacher und beantragte das Erfordernis für Krain mit 100,000 fl. zu genehmigen, welchem Antrage sich der Ausschuss angeschlossen.

— (Verkehr.) Das Postdampfschiff „Frisia“ Capitän Meier, ging am 25. Februar von Hamburg via Havre nach New-York ab.

### Aus dem Gerichtssaale.

(Schluß der Verhandlung wider Theresia Aristoteles und Anna Riesner.)

Weiterhin weist der Staatsanwalt die Richtigkeit dessen nach, was die Angeklagte zu ihrer Entlastung vorgebracht, sowie die Absicht derselben, ihre Gläubiger zu schädigen und zählt die verschiedenen Mittel auf, wodurch sie die Täuschung der Geldgeber versucht. Die ganze Verfahrungsweise der beiden Angeklagten, welche ein Ziel und einen Plan verfolgten, sei geeignet

das Verbrechen des Betruges zu begründen, daher der Antrag der Staatsbehörde auf Schuldigsprechung der Angeklagten lautet. Erschwerend sei für beide Angeklagten der namhafte Betrag, die längere und planmäßige Fortsetzung des Schwindels, und insbesondere für die Riesner der Umstand, daß sie das Ganze gewissermaßen mit großer Ueberlegung durchgeführt, daß sie mehr Vortheil davon gezogen und daß sie sich gewissermaßen derartige Handlungen zur Gewohnheit gemacht habe. Mildernd hingegen sei für beide das Vorleben, indem sie noch nicht gerichtlich beanstandet, dann das Geständnis sowie der Umstand, daß der Schaden zum Theile wieder gut gemacht worden und insbesondere der Zug der Zeit, die Schwindel epoche. Mit Rücksicht auf diese Milderungsumstände und mit Bedachtnahme darauf, daß beide Angeklagten Mütter sind, welche für ihre unverordneten Kinder zu sorgen haben, beantragt die Staatsbehörde, dieselben wegen des Verbrechens des Betruges unter Anwendung der § 95 St. G. zur fünfjährigen, jeden Monat mit 1 Fasttage verschärften schweren Kerkerstrafe, sowie zum Ersatze der Strafprozeß- und Vollzugskosten zu verurtheilen.

Der Vorsitzende ertheilte hierauf dem Verteidiger der Frau Aristoteles, Dr. Roszel, das Wort. Die interessanteste Stelle aus der Rede des Dr. Roszel ist unstreitig der Eingang, in welchem er vor allem, anknüpfend an die Worte des Staatsanwaltes, das Anstehende des modernen Schwindels beleuchtete. Die betreffende Stelle lautet:

Höher Gerichtshof! Der sehr geehrte Herr Vertreter der Staatsbehörde hat zu Beginn seines Plaidoyers den Straffall, der uns durch 3 Tage beschäftigte, einen für die Stadt Laibach epochemachenden genannt u. z. sowohl in finanzieller als sozialer Beziehung, und zum Schlusse hat er darauf hingewiesen, daß bei Beurtheilung dieses Straffalles auch den Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden müsse. So ist es auch. Ich bin in der Richtung vollkommen einverstanden.

In erster und auffälliger Linie kennzeichnet sich dieser Fall dadurch, daß Frauen auf der Anklagebank sind, daß Frauen die Rolle der Beschädigten und Zeugen inne hatten, daß selbst die Personen, welche verschwiegen geblieben sind, Frauen waren. Es ist ein Frauenprozeß, der uns beschäftigt.

Die Stellung, welche die Frauen gegenwärtig einzunehmen gesonnen und bestrebt sind, ist grundverschieden von der Stellung in früherer Zeit. Früher hat man nur in den höchsten und den Arbeiterkreisen gefunden, daß das Weib den Mann ersetzt. In den Mittelschichten der Bevölkerung war der Mann die thätige Kraft und das Leben der Frau war auf die Familie beschränkt. Anders ist das heute; die Selbstständigkeit und Gleichberechtigung beider Geschlechter

tritt immer mehr in den Vordergrund und auch die Gesetze mußten diesem Streben Rechnung tragen. So ist es gekommen, daß man seit 1850 die Wechselfähigkeit der Frauen zugelassen hat und das Handelsgesetz kennt sogar die Handelsfrauen. Wie die Gesetze wohlthätig und heilsam sich erproben, so ist in anderer Richtung eine Gefahr vorhanden. Wäre das Wucherpatent nicht aufgehoben worden, wer weiß, ob dies geschehen wäre und ob sich dieses Drama vor den Schranken des Gerichtes abgespielt hätte. Wenn ich das anführe, so habe ich nur ergänzt, was der Staatsanwalt gesagt, daß der vorliegende Prozeß nach den heutigen Zeitverhältnissen zu beurtheilen sei.

Nachdem Redner ausgeführt, wie die allgemeine Wechselfähigkeit der Frauen und die Aufhebung des Wucherpatentes zum gegenwärtigen Straffalle das Ihrige beigetragen, bespricht derselbe eingehend die angebliche Ränke und unlauteren Mittel, mit denen seine Klientin die Geldgeber betört haben soll und weist nach, daß schließlich doch nur die riesigen Beträge der Räder waren, auf welchen die selbstsüchtigen, geldgierigen Darlehensherren angebißen. Wo aber der Wucher sich einnistet, dort grassirt auch das, was eigentlich nur ein Betrug streift und landläufig trefflich Schwindel genannt wird. Durch die ungebührlichen Zinsen hätten übrigens die meisten Gläubiger ihr Geld längst wieder hereingebracht und seien deshalb gar nicht als beschädigt anzusehen. Die Gelegenheit zum Schuldenmachen und die ewige Hoffnung auf Rückzahlung durch die Gewinne in der vom Staate unterhaltenen und gepflegten Lotterie, dieser unstillsten aller finanziellen Einnahmequellen, mit einigen scharfen Ausfällen erörternd, appelliert Dr. Roszel schließlich warmer Weise an die Richter um Anwendung des Widerungsparagraphe beim Ausmaß: der Strafe für seine Klientin. Die Rede des Verteidigers wurde lebhaft applaudiert.

Dr. Rudolf als Verteidiger der Angeklagten Anna Riesner bezog sich in der Hauptsache auf die meisterhaften Ausführungen seines Vorredners; auch er versetzte den selbstsüchtigen Damen, die mit ihrem Gelde hohe Wuchersätze anstrebten, einige wohl angebrachte Hiebe, machte für seine Klientin Milderungsgründe geltend und empfahl sie der Milde und Nachsicht des Gerichtshofes.

### Eingefendet.

Allabendlich ziehen Prozessionen durch Stadt und Vorstädte von einer Kirche zur andern, wahrscheinlich um die Abwendung der Blatternepidemie von Gott zu erbitten. Wenngleich der Vorzug hierbei ein schöner und lobenswerther genannt werden kann, so muß doch die Art und Weise der Ausführung desselben geradezu als unnützig bezeichnet werden. So z. B. zog gestern abends ganz langsam eine derartige Prozession von der St. Petruskirche nach St. Jakob (vielleicht noch weiter.) Dem vorangetragenen Kreuze folgten nahezu 50 Schulknaben, dann eine große

eines öffentlichen Massenmordes im Lohne der Scheiterhaufen auf dem Quemadero (Verbrennungsplatz) — ein Schaustück, das man so treffend, so bezeichnend ein „Auto da fé“, einen „Act des Glaubens“ zu nennen die Sterne hatte. So organisiert und mit solcher Strafmacht ausgerüstet, wüthete die Inquisition zunächst in Frankreich, wo sie entstanden war. Doch fand sie hier schon im 14. Jahrhundert durch energische Könige ihr Ende, und neue Versuche, sie wiederherzustellen, namentlich zur Unterdrückung der Hugenotten, blieben ohne Erfolg. Desto länger wüthete sie in Spanien und Portugal. Dort waren die Juden und Mauren, die das Land zu hoher Blüthe gebracht, unterworfen und seit 1391 mit Gewalt zum Christenthum bekehrt worden; viele von ihnen hatten aber heimlich den väterlichen Glauben bewahrt. Um dieselben zu zwingen, von einem Bruche des christlichen Gelübdes abzustehen, führte der fanatische Glaubenseifer die Inquisition ein. Das Königspaar Ferdinand und Isabella fand in der Inquisition außerdem ein treffliches Mittel, die Gewalt des Lehensadels zu brechen und die königliche Macht zur Unumschränktheit zu erheben. Daher begann (1483) die blutige Arbeit des Großinquisitors Thomas de Torquemada, Prior der Dominikaner zu Segovia. Ueber 2000 wurden in den

ersten Jahren zum Scheiterhaufen verurtheilt, und um mehr Einheit und Planmäßigkeit in die Henterarbeit zu bringen, vom Papste Sixtus IV. die bisherigen Glaubensrichter abgesetzt und ganz Spanien und Sicilien dem Torquemada unterstellt. In allen Hauptorten wurden Inquisitionengerichte gestiftet, die einzig unter dem Generalinquisitor standen und eine Schreckensherrschaft herbeiführten, welche jeden freien Gedanken in Staat und Kirche erstickte, das Volk entmenschte und um seine natürliche Entwicklung brachte. Als Torquemada 1498 sein Amt niederlegte, durfte er sich rühmen, 8800 Menschen lebendig, 6300 in Bildnisse verbrannt, 90,000 eingekerkert, gefoltert, ihrer Güter beraubt und mit verschiedenen Büssen belegt zu haben. Ähnliches Schreckensregiment dauerte unter den folgenden Inquisitoren unter Karl V. und Philipp II., der die Inquisition mit Erfolg zur Ausrottung des Protestantismus in Spanien wie in den Niederlanden anwendete. Selbst im 17. und 18. Jahrhundert forderte sie noch ihre Opfer. Nach Florentes Berechnung hat die Inquisition in Spanien seit dem Jahre 1481—1808 im ganzen 31,912 Menschen lebendig, 17,659 im Bildnisse verbrannt und 291,456 mit strengen Bußstrafen belegt. Spanien führte die Inquisition nach der Entdeckung von

Amerika auch in dem neuen Welttheile ein; besonders heftig wüthete sie in Mexiko, Cartagena und Lima. Erst im 18. Jahrhundert verlor sie allmählich ihre Furchtbarkeit, und das schreckliche Schauspiel eines „Auto da Fé“ wurde immer seltener. Völlig aufgehoben wurde sie aber erst vom König Josef Bonaparte 1808. Wiederherstellungsversuche nach der Restauration der Bourbonen mußten an den veränderten Zeitverhältnissen scheitern. Der Vortragende schildert noch ausführlich das empörende und raffiniert grausame Verfahren, welches beim Inquisitionsprozeß befolgt zu werden pflegte, weist dann an der Hand der Geschichte nach, daß auch zur Zeit der Reformation die Verfolgung Andersgläubiger nicht aufhörte, daß die Geburtsstunde der echten Humanität und religiösen Duldsamkeit mit Luther, Zwingli, Calvin, Knox u. s. w. noch lange nicht geschlagen. Wo immer eine Kirche zur Herrschaft gelangte, begann sie mit der Verfolgung der andern, mit der ausschließlichen Geltendmachung ihrer eigenen Glaubenssätze. Das Prinzip des freien Denkens und der freien Forschung hat noch gar manchen edlen Geist zum Märtyrer gemacht, bis es sich zu einer Errungenschaft unserer Zeitperiode durchgelämpft. Doch ein ungeheurer Vortheil war mit der Kirchenrenewierung bereits gewonnen. Sie



